



EU-NACHRICHTEN



THEMA DER WOCHE 1-2

Eurobarometer-Umfrage:
Gesellschaftliches Klima

KURZ UND KNAPP 3

Erfolgreicher Schlag gegen
Produktpiraterie

IM FOKUS 4

EU-Donaukonferenz in Ulm

PANORAMA 8

Die neuen EU-Auswahl-
verfahren

AKTUELL

Die Griechen müssen sparen

Die EU verpflichtet Griechenland auf einen entschiedenen Sparkurs, um sein viel zu hohes Defizit in den Griff zu bekommen. Die Neuverschuldung von fast 13 Prozent soll innerhalb von drei Jahren auf unter drei Prozent gedrückt werden. Mit ihrer langen Sparliste und ihrer Ankündigung höherer Steuern signalisiert die griechische Regierung, auch mit lieb gewonnenen Traditionen brechen zu wollen. Die EU-Kommission wiederum nutzt erstmals alle in den EU-Verträgen vorgesehenen Möglichkeiten für die Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Noch nie wurde die Haushaltssanierung eines Euro-Landes so intensiv beobachtet. Alle drei Monate muss die griechische Regierung über ihre Fortschritte berichten. Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia sagte: „Die Kommission wird nicht zögern, weitere Schritte vorzuschlagen, falls das nötig werden sollte.“ Er machte aber ebenso deutlich, dass das ehrgeizige Programm Unterstützung verdiene. (ur)

Zukunftssorgen kennen diese jungen Europäer nicht – sie sind offensichtlich rundum zufrieden.



Eurobarometer-Umfrage

Persönlich zufrieden, aber Sorgen um die Zukunft

Im Großen und Ganzen sind die Europäer mit ihrer persönlichen Situation zufrieden. Dagegen sehen sie die wirtschaftliche Lage eher kritisch. Überwiegend unzufrieden zeigen sich die meisten mit den öffentlichen Dienstleistungen und der Sozialpolitik in ihrem Land.

Zu diesem Schluss kommt eine in dieser Woche veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission zum gesellschaftlichen Klima. Die Umfrage fördert außerdem große länderspezifische Unterschiede zutage: So sind die Menschen in den nordischen Ländern und in den Niederlanden im Allgemeinen mit ihrer persönlichen Situation am zufriedensten, während sie in Bulgarien am unzufriedensten sind, gefolgt von Ungarn, Griechenland und Rumänien (siehe Grafik Seite 2).

Die Umfrage ist Teil des Berichts der Europäischen Kommission zur sozialen Lage. Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, sagte dazu: „Es ist gut zu wissen, dass die meisten Europäer trotz der schwierigen Wirtschafts-

lage und mancher Zukunftssorgen immer noch mit ihrem Leben zufrieden sind. Der Bericht zeigt, wie wichtig unser Einsatz für Beschäftigung und Wachstum in Europa ist, denn wir wollen auch in Zukunft das soziale Wohlergehen der Menschen gewährleisten. Wir müssen diese Bemühungen im Rahmen unserer künftigen Europa-2020-Strategie weiterführen, damit die EU zu einer intelligenteren und umweltfreundlicheren sozialen Marktwirtschaft findet.“

Wirtschaftliche Lage drückt auf die Stimmung

Wenig überraschend ist, dass die meisten Befragten generell unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation ihres Landes sind. In 23 von 27 Mitgliedstaaten liegt die Stimmung

lesen Sie weiter auf Seite 2

unter Null. Am negativsten ist sie in Lettland (-8,3 auf einer Skala von plus 10 bis minus 10), gefolgt von Ungarn (-7,3) und Griechenland (-6,2). Deutschland liegt mit -3,1 leicht über dem EU-Durchschnitt (-4,1). Die Dänen und die Luxemburger sind mit ihrer Wirtschaft eher zufrieden (+2,4 bzw. +1,4). Die Aussichten auf das kommende Jahr sind grau in grau, sogar bei den notorisch optimistischen Schweden und Dänen. Die meisten negativen Erwartungen hegen die Ungarn, die Griechen und die Tschechen. Auch die Beschäftigungssituation wird in 25 EU-Mitgliedstaaten in einem eher negativen Licht gesehen. Am kritischsten sind hier die Letten, die Iren und die Esten, während die Niederländer und die Dänen eher optimistisch in die Zukunft schauen.

Schlechte Noten für die Verwaltung

Unzufrieden sind die Europäer mit dem Funktionieren ihrer öffentlichen Verwaltung. In allen Ländern – Luxemburg und Estland ausgenommen – haben sie den Eindruck, dies sei in den vergangenen fünf Jahren nicht besser

geworden, und sie rechnen mit weiteren Verschlechterungen (nur in Luxemburg nicht).

Zu spezifischen Politikbereichen befragt, sind die Europäer allgemein zufrieden mit dem Gesundheitswesen (Durchschnitt: +1,3 Punkte). In Belgien, den Niederlanden und Luxemburg wurden die besten Noten vergeben (über fünf Punkte). In Deutschland gab es zwei Punkte, in Bulgarien (-3,4), Griechenland (-3,1) und Rumänien (-3,0) hingegen nur Minuspunkte.

Am unzufriedensten waren die Europäer damit, wie sich ihr Land mit sozialer Benachteiligung und Armut auseinandersetzt. Punkte im Plusbereich gab es nur aus Luxemburg und den Niederlanden; am schlechtesten schnitten Lettland und Ungarn ab (-5 Punkte oder weniger).

Mehr Geld fürs Wohnen

Ein Schwerpunkt in diesem Kommissionsbericht war das Thema Wohnen. Die Europäer verwenden heute einen größeren Teil ihres Einkommens für Wohnkosten als noch vor zehn Jahren (knapp

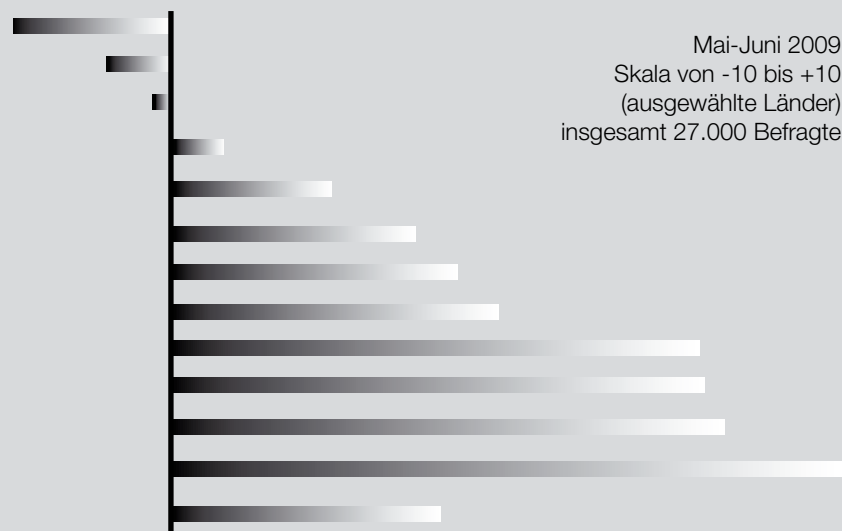
vier Prozentpunkte). Im Schnitt geht ein Fünftel des verfügbaren Einkommens in die Wohnkosten. 30 Prozent sind Miet- und Hypothekenzahlungen, 70 Prozent entfallen auf Reparaturen, Instandhaltung und Heizkosten. Weil viele Wohnungen gerade in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten in Privathand übergegangen sind, fallen hier die Kosten für Reparaturen, Instandhaltung und Heizkosten mit rund 90 Prozent der gesamten Wohnkosten besonders ins Gewicht. In dem Bericht wird auch auf die Qualität der Wohnung eingegangen. Dabei wird festgestellt, dass viele Europäer nach eigenen Angaben in Unterkünften wohnen, die durchschnittlichen Ansprüchen nicht genügen, und dass immer mehr Menschen mit niedrigen Einkommen über eine problematische Wohnsituation berichten. (vth)

→ http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm

→ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=675&langId=de>

ZUFRIEDENHEIT DER EUROPÄER MIT DEM EIGENEN LEBEN

Bulgarien	- 1,9
Ungarn	- 0,8
Rumänien	- 0,2
Portugal	+ 0,6
Spanien	+ 1,9
Polen	+ 2,9
Frankreich	+ 3,4
Deutschland	+ 3,9
Großbritannien	+ 6,3
Niederlande	+ 6,4
Schweden	+ 6,6
Dänemark	+ 8,0
EU-27 Durchschnitt	+ 3,2



Quelle: Eurobarometer-Spezial

Strategie Europa-2020: 1.500 Diskussionsbeiträge eingegangen

Zu der am 24. November vergangenen Jahres von der EU-Kommission eingeleiteten öffentlichen Konsultation „Europa-2020“ sind mehr als 1.500 Beiträge eingegangen. Sie kamen aus allen Mitgliedstaaten, von den Sozialpartnern, den Verbraucherverbänden, Nichtregierungsorganisationen, regionalen und lokalen Behörden, Wirtschaftsverbänden, internationalen Gremien wie der US-Handelskammer, akademischen „Think-Tanks“ und vielen EU-Bürgern. Bei ihrem Sondergipfel in Brüssel am 11. Februar berieten die EU-Staats- und Regierungschefs die neue wirtschaftspolitische Wachstumsstrategie, die an die Lissabon-Strategie anknüpft. Die EU-Staaten müssten ihre nationale Wirtschaftspolitik künftig stärker koordinieren, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. „Die Krise hat vieles, von dem, was wir erreicht haben, zunichte gemacht. Wir müssen mit der Europa-2020-Strategie neue Quellen des Wachstums erschließen.“

→ http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_en.htm

Erfolgreicher Schlag gegen Produktpiraterie

Bei einer gemeinsamen Zollaktion unter dem Codenamen Diabolo II wurden in der vergangenen Woche mehr als 65 Millionen gefälschte Zigaretten sichergestellt. Den Fahndern fielen außerdem 369.000 gefälschte Schuhe, Spielzeuge, Kameras, Kopfhörer,

Hüte, Mützen, Handschuhe, Handtaschen und andere Artikel von über 20 verschiedenen Markenherstellern in die Hände. Es handelte sich um eine gemeinsame Aktion der EU mit verschiedenen asiatischen Ländern, die zum ASEM (Asia-Europe-Meeting) gehören. Die Koordination lag beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF). Nach Angaben von Europol und Interpol wurden 89 Personen oder Unternehmen mit Verbindungen zu kriminellen Vereinigungen beim Informationsabgleich der Zollbehörden identifiziert.

→ http://ec.europa.eu/anti_fraud/Diabolo-II/i_en.html

Abfallrecht schärfer überwachen

Wegen massiver Probleme mit der Abfallentsorgung in vielen Bereichen der EU empfehlen Experten den Aufbau einer neuen europäischen Agentur. Nicht nur, dass viele Abfälle immer noch illegal entsorgt werden: Eine in dieser Woche von der EU-Kommission veröffentlichte Studie ergab, dass fast jeder fünfte untersuchte Mülltransport nicht korrekt ablief. In den meisten Fällen handelte es sich um illegale Ausfuhren aus der EU in afrikanische und asiatische Länder. Jedes Jahr fallen in der EU 2,6 Milliarden Tonnen Abfall an, von denen etwa 90 Millionen Tonnen als gefährlich eingestuft werden. Zwar gibt es europaweite Abfallvorschriften, diese werden aber oft unzureichend angewendet. 2008 hatte das Europäische Parlament die Kommission aufgefordert, zu prüfen, ob ein EU-Umweltinspektionsdienst sinnvoll wäre.

→ <http://ec.europa.eu/environment/waste/index.htm>

MELDUNG DER WOCHEN + + + + + + + +

EU-Parlament: Grünes Licht für Kristalina Georgiewa

Wie wichtig das Thema „Humanitäre Hilfe“ sein kann, hat das Erdbeben in Haiti wieder gezeigt. Großes Interesse fand daher die Anhörung der designierten EU-Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, Kristalina Georgiewa, im EU-Parlament. „Haiti startet von Null, aber nicht alleine. Werde ich bestätigt, wird es meine erste Aufgabe sein, sicherzustellen, dass wir Europäer Haiti so gut helfen, wie wir können“, sagte Georgiewa bei ihrer Anhörung. Die 56-jährige Bulgarin bringt reichlich Erfahrung mit: Seit 1993 arbeitet sie bei der Weltbank, zunächst als Expertin für Umwelt und Entwicklung und später als Vizepräsidentin und Verwaltungsdirektorin. In jüngster

Zeit war sie dort auch zuständig für die Koordination der Unterstützung für besonders fragile Länder. Als EU-Kommissarin wird die Bildung eines Europäischen humanitären Freiwilligencorps eine ihrer wichtigen Aufgaben sein. Die neue Kommission wird voraussichtlich kommende Woche vom EU-Parlament bestätigt. Georgiewa wurde von Kommissionspräsident José Manuel Barroso vorgeschlagen, nachdem Rumiana Jelewa ihre Bewerbung zurückgezogen hatte.



→ http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68322-032-02-06-901-20100201IPR68320-01-02-2010-2010-false/default_en.htm



EU-Donaukonferenz in Ulm

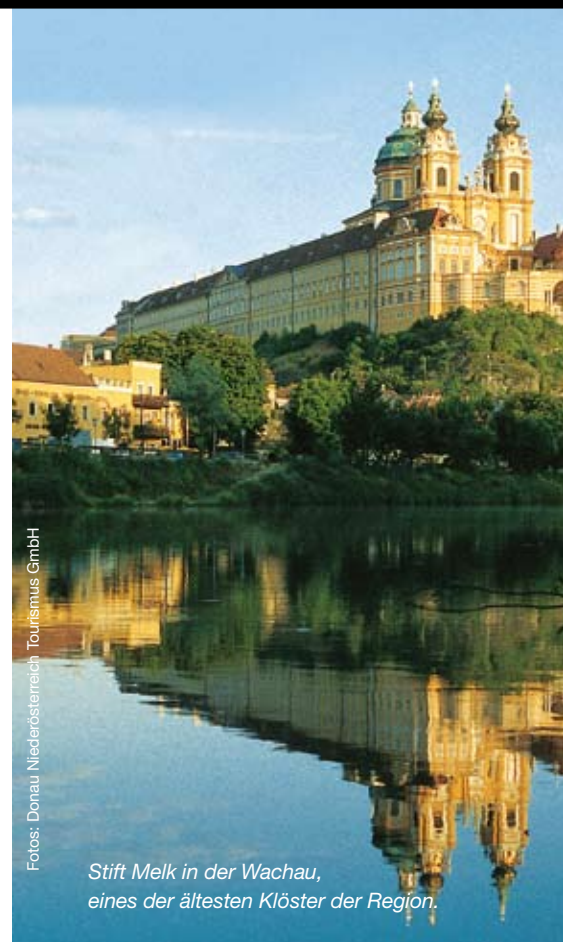
Eine Strategie für 14 Länder entlang der Donau

Mit einer gut besuchten Auftaktveranstaltung hat die Europäische Kommission in dieser Woche in Ulm die Debatte um eine neue Donaustrategie eingeläutet. Bis Juni folgen weitere Konsultationen in unterschiedlichen Ländern entlang der Donau.

Mit fast 3.000 Kilometern Länge ist die Donau nach der Wolga der längste Fluss Europas. Sie fließt durch zehn Länder und vier Hauptstädte. In ihrem Einzugsbereich leben rund 115 Millionen Menschen. Trotz der gewaltigen Wohlstandsunterschiede zwischen Ulm und Galati nahe der Mündung ins Schwarze Meer haben die Menschen am Strom gemeinsame Interessen.

Zusammen die Probleme zu lösen, das ist der Zweck der EUSDB, der „EU Strategy for the Danube Region“. Sie ist nach der zwei Jahre älteren Ostsee-Strategie be-

reits die zweite „makro-regionale“ Strategie der EU. Beauftragt hat die EU-Kommission im Juni 2009 der Europäische Rat. „Makro-regionale Strategien sind erfolgversprechend“, sagt Carsten Schymik von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der sich eingehend mit der Ostseeregion befasst hat. „Sie lösen eine neue Dynamik aus und mit ihrer Hilfe lassen sich gemeinsame Probleme gezielter angehen.“ Beteiligt sind Anrainerstaaten, aber auch Staaten, die nicht unmittelbar an der Donau liegen (Deutschland, Österreich, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bos-



Fotos: Donau Niederösterreich Tourismus GmbH

Stift Melk in der Wachau, eines der ältesten Klöster der Region.

nien und Herzegowina, Montenegro, Moldawien und Ukraine).

Biologische Vielfalt erhalten

Makro-Regionen fassen große Naturräume zusammen, sind größer als Einzelstaaten, aber kleiner als die EU insgesamt. Im Falle der Ostsee wird beispielsweise um ein Verbot von Phosphaten in Waschmitteln in allen Anrainerstaaten gerungen. Ähnliches ist nun auch für die Donau denkbar. Die Eutrophierung, eine durch übermäßige Nährstoffeinträge hervorgerufene Anreicherung mit organischem Material, insbesondere mit Algen, stellt eines der größten Umweltprobleme für die Donau und das Schwarze Meer dar. Das hat verheerende Auswirkungen auf die biologische Vielfalt in den Gewässern, den Feuchtgebieten und den sie umgebenden Wäldern sowie auf die Fischereiwirtschaft. Ein Großteil der Nährstoffeinträge (Stickstoff und Phosphor), die in die



300 Vogelarten leben im Donaodelta, darunter auch diese Kolonie Pelikane



*Blick von der Burgruine Aggstein
(aus dem 12. Jahrhundert) auf die Donau in der Wachau
(Österreich)*

Donau gelangen, stammt aus der Landwirtschaft. Ein gemeinsames Problem der Flussanlieger ist auch der Hochwasserschutz. Die Donaustrategie zielt aber auch darauf ab, für die 14 beteiligten Staaten zum Beispiel die Stromnetze zur Energieversorgung besser miteinander zu verbinden und die Verkehrswege auszubauen.

Die drei Nein

Dabei gilt bei der Donau – wie schon bei der Ostseestrategie – das Prinzip der „drei Neins“: Keine neuen Institutionen, keine neuen Gesetze und kein zusätzliches Geld. Genutzt werden die dem Fonds für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (Kohäsionsfonds) zwischen 2007 bis 2013 zur Verfügung stehenden 95 Milliarden Euro.

„Die Strategie und der Aktionsplan werden nicht alle Probleme der Donauregion über Nacht lösen“, so

Regionalkommissar Paweł Samecki in seiner Rede zur ersten Konsultationsveranstaltung in Ulm. „Die Strategie wird ein erster Schritt sein auf einem langen, schwierigen Weg, der viel von uns verlangt. Doch diese Anstrengungen zahlen sich langfristig aus, sofern sich jeder an die Ziele und Absichten der Strategie hält.“ Die Kommission selbst werde für die gemeinsamen Verhandlungen als Vermittler und Impulsgeber zur Verfügung stehen.

Zur Auftaktveranstaltung in Ulm kamen rund 400 Interessierte. Auf weiteren Veranstaltungen stromabwärts sollen Behörden, Organisationen und alle Bürger die Möglichkeit bekommen, sich einzubringen und Vorschläge zu machen. Der Ideenvielfalt sind keine Grenzen gesetzt. „Die makro-regionalen Strategien bieten tatsächlich neue Möglichkeiten, die Bevölkerung und interessierte Gruppen besser einzubeziehen“,



Quelle: EU-Kommission

sagte Schymik. Die Ergebnisse der Konferenzen und Debatten sollen bis Dezember 2010 in einen Aktionsplan der Kommission einfließen, der von den Mitgliedstaaten 2011 angenommen werden soll. (hb)

➔ www.donaustrategie.info

➔ http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/danube/events_en.htm

EUROPA IM TV

YOUROPE

Das neue arte-Magazin „Yourope“ beleuchtet die Lebenswelten der global denkenden, digital vernetzten Europäer. Mit Easy Jet, Youtube und Facebook aufgewachsen, sind sich vor allem die jungen Europäer heute näher denn je. „Yourope“ fragt nach ihren Vorstellungen und Visionen, beleuchtet die zeittypischen Entwicklungen des modernen Europas. Wo werden Weichen für die Zukunft gestellt, was heißt eigentlich politisches Engagement – und wo findet es statt? Jede Sendung widmet sich einer gesellschaftspolitischen Frage, die in vier Ländern und aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht wird.

Nächster Sendetermin

arte, 7. Februar 2010, 17.45 Uhr

→ www.arte.tv

FOTOWETTBEWERB

EURO

Der Euro ist die Einheitswährung, die in 16 der 27 EU-Mitgliedstaaten gesetzliches Zahlungsmittel ist. Der Fotowettbewerb „Der Euro: Was bedeutet er für uns?“ der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen richtet sich an EU-Bürgerinnen und -Bürger zwischen 14 und 18 Jahren. Sie sollen in Teams zusammenarbeiten und das Thema Euro illustrieren. Eingereicht werden kann ein Originalfoto, auf dem zu sehen ist, was der Euro für sie bedeutet.



Einsendeschluss:

31. März 2010

→ www.euroinphoto.eu/index_de.htm

VERANSTALTUNG

EU-NOTRUF TAG AM 11.2.2010

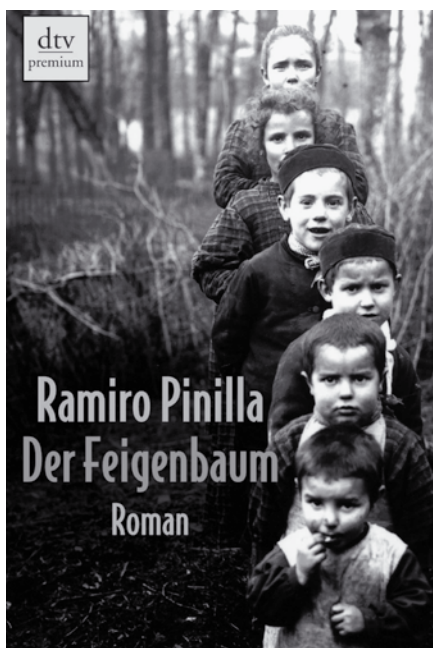


Die 112 ist die europaweite Notrufnummer, unter der man in jedem Land der EU Hilfe holen kann: den Rettungsdienst, die Feuerwehr und die Polizei. Jeder kann sie überall ohne Landes- oder Ortsvorwahl wählen – auch wenn auf dem Mobiltelefon mal kein Guthaben ist. Um die Bekanntheit der gemeinsamen Notrufnummer zu steigern, hat das Europäische Parlament den 11.2. zum europaweiten EU-Notruf tag erklärt. Eingeführt wurde die europaweite Notrufnummer 112 im Jahr 1991. Sie gilt nun in allen EU-Mitgliedstaaten sowie in Lichtenstein, Norwegen und der Schweiz. Bundesweit finden diverse Veranstaltungen statt, unter anderem begeht in Stuttgart das Europa-Zentrum Baden-Württemberg den 3. EU-Notruf tag mit verschiedenen Aktionen.

→ www.112.eu

→ www.europa-zentrum.de/237

EUROPA LITERARISCH: SPANIEN



RAMIRO PINILLA „DER FEIGENBAUM“

Der spanische Bürgerkrieg (1936 bis 1939) und die Folgen stehen im Mittelpunkt der Werke des baskischen Schriftstellers Pinilla. Der Roman „Der Feigenbaum“ spielt 30 Jahre danach. Ein Mann, der einen Feigenbaum hütet, ein Junge, der den Mord der faschistischen Falangisten an seinem Vater und seinem Bruder erlebt hat – es geht um Schuld, um die Möglichkeit, sie zu sühnen und um die Wunden Spaniens aus der Zeit der Franco-Diktatur. Der Abend im Europäischen Haus in der Reihe „Europa literarisch“ stand im Zeichen der spanischen Ratspräsidentschaft. Ramiro Pinilla (86) sagte zum Abschluss: „Die junge Generation soll wissen, was damals passiert ist. Erst wenn wir sie gelesen haben, können wir diese Seite der Geschichte umschlagen.“

Die nächste Lesung der Reihe „Europa literarisch“ findet am 16. Februar 2010 um 18.00 Uhr statt. Zu Gast ist der polnische Schriftsteller Wojciech Kuczok mit seinem im Sommer auf Deutsch erscheinenden Roman „Lethargie“.

Ramiro Pinilla, Der Feigenbaum, 320 Seiten, München 2008

TERMINVORSCHAU BIS 15.2.2010

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
9.2.2010 9.00 Uhr	Seminar „ Training: Das 1x1 der Antragstellung – Europäische Forschungsprojekte: Grundlagenmodul “ Veranstalter: Steinbeis-Europa-Zentrum	Steinbeis-Europa-Zentrum Kienestraße 35 70174 Stuttgart	www.steinbeis-europa.de
9.2.2010 9.00 Uhr	Kick-Off „ Markterschließung Schweden – Ernährungswirtschaft “ Veranstalter: u.a. Deutsche Auslandshandelskammer (AHK) in Schweden	IHK f. München/Oberbayern Max-Joseph-Straße 2 80333 München	www.een-bayern.de
9.2.2010 18.30 Uhr	Lesung „ Auf der Suche nach Deutschland. Erlebnisse und Begegnungen eines deutschen Diplomaten und Europäers “ mit Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw u. Jean-Claude Juncker, Premierminister Luxemburgs Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission, Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter comm-rep-ber-anmeldung@ec.europa.eu
9.2.2010 19.00 Uhr	Vortrag „ Byzanz/Konstantinopel/Istanbul “ Veranstalter: Türkisch-Deutsches Zentrum, FU Berlin	Werkstatt der Kulturen Wissmannstraße 32 12049 Berlin	www.fu-berlin.de
10.2.2010 14.00 Uhr	Vortrag „ Dieselbe Hassliebe? Europa-Diskurse auf dem Balkan und USA-Diskurse in Lateinamerika “ Veranstalter: FU-Berlin	FU Berlin Koserstraße 20 14195 Berlin	www.fu-berlin.de
10.2.2010 18.15 Uhr	Vortrag „ Passion and Reason in European Integration “ Veranstalter: Walter Hallstein-Institut	Senatssaal der HU-Berlin Unter den Linden 6 10117 Berlin	www.whi-berlin.de
10.-11.2.2010 10.00 Uhr	Konferenz „ Europa im Zeichen der Globalisierung “ Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission, Bonn	Regionale Vertretung der EU-Kommission Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 53111 Bonn	Anmeldung unter jschmidt@ipw.rwth-aachen.de
11.2.2010	„ Euronotrufftag “ mit Quiz: „112“ - Landkreis Schwäbisch Hall ist dabei! Veranstalter: u.a. Europabüro Wolpertshausen	Landratsamt Schwäbisch Hall Münzstraße 1 74523 Schwäbisch Hall	www.europabuero.info
11.2.2010 18.00 Uhr	Vortrag „ Nationalismus und Nationalstaatsbildung im Europa des 19. Jahrhunderts “ Veranstalter: Volkshochschule Stuttgart	vhs-Treffpunkt Rotebühlplatz Rotebühlplatz 28 70173 Stuttgart	www.vhs-stuttgart.de
11.-12.2.2010 14.00 Uhr	Konferenz „ Herausforderungen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Gegenwart “ Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung	Bildungszentrum im Schloss Wendgräbener Chaussee 1 39279 Wendgräben	www.kas.de
12.2.2010 19.00 Uhr	Vortrag „ Trampen gen Osten – 5 Jahre nach der EU-Osterweiterung “ Veranstalter: Sächsische Landeszentrale für polit. Bildung	Sächsische Landeszentrale f. politische Bildung Schützenhofstraße 36 01129 Dresden	www.slpb.de
12.-14.2.2010	Seminar „ Mehrwert Europa – Sicherheit und Freiheit “ Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	Anmeldung unter ub@eab-berlin.eu
15.2.2010 19.30 Uhr	Bürgerforum „ Mitreden über Europa “, u.a. mit Lothar Bisky (MdEP) und Holger Kraemer (MdEP) Veranstalter: u.a. Europäisches Parlament, Vertretung der EU-Kommission Deutschland	Festsaal des Stadthauses Marktplatz 2 06108 Halle (Saale)	www.mitreden-ueber-europa.de

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conradt, Beate Schmitt • Thomas und Roth (GbR)
Presse & PR • Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • info@thomas-ppr.de • www.thomas-ppr.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2010

Arbeiten bei den Europäischen Institutionen

Die neuen Auswahlverfahren

Wer sich früher auf einen Job bei den Europäischen Institutionen bewarb, musste sich auf ein langwieriges und kompliziertes Auswahlverfahren einstellen. Die Lust, für die EU zu arbeiten, wich da nicht selten dem Frust über die langen Wartezeiten. Um dies zu ändern, hat das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) ein neues, vereinfachtes Bewerbungsverfahren eingeführt. Durch schnellere und häufigere Auswahlverfahren sowie jobspezifischere Tests verbessern sich damit die Chancen auf eine Stelle bei Kommission, Rat, Parlament und anderen EU-Institutionen. Mitte März startet die erste Runde.

Erstmalig werden die Kompetenzen der Bewerber durch einen ganztägigen Test in einem Assessment-Center in Brüssel geprüft. Gefragt sind Fähigkeiten wie Analysieren und Problemlösen, Belastbarkeit oder Teamfähigkeit. Darüber hinaus werden die Bewerber auf ihre Fähigkeiten im jeweiligen Fachgebiet und auf ihre Fremdsprachenbeherrschung getestet. Statt reiner Abfrage von EU-Wissen stehen praktische Kompetenzen im Vordergrund. Neu ist auch, dass das Auswahlverfahren von bisher 18 Monaten auf fünf bis neun Monate gekürzt werden soll. Jährlich gibt es nun drei Termine für die Auswahlverfahren: im März beginnt die Online-Registrierung für die Verwaltungsräte, im Juli für Übersetzer und Dolmetscher und im Dezember für die Assistenten.

Während in den vergangenen Jahren verstärkt Nachwuchskräfte

aus den neuen Mitgliedstaaten eingestellt wurden, sind Bewerber aus Deutschland, Schweden,

Dänemark, den Niederlanden oder Großbritannien in den EU-Institutionen heute unterrepräsentiert.



Interessierte Besucher am Informationsstand der Europäischen Weltraumorganisation

Foto: Marc Langheim, Auswärtiges Amt

David Bearfield, EPSO-Direktor, lud daher bei einer Informationsveranstaltung im Europäischen Haus insbesondere deutsche Interessenten dazu ein, an den neuen Auswahlverfahren teilzunehmen. Denn obwohl etwa 15 Prozent der Bevölkerung in der EU Deutsche sind, kommen bislang lediglich rund fünf Prozent der Kandidaten für die Auswahlverfahren aus Deutschland. „Wir sind immer auf der Suche nach deutschen Kandidatinnen und Kandidaten. In der Regel sind sie in den Auswahlverfahren auch überdurchschnittlich erfolgreich“, so Bearfield. Ein Job bei den Europäischen Institutionen böte eine spannende Arbeit in einem internationalen Umfeld.

Auf der Informationsmesse „Karriere in internationalen Organisationen und EU-Institutionen“ am 30. Januar 2010 im Auswärtigen Amt konnten sich die Besucherinnen und Besucher auch über die Karriere-möglichkeiten bei anderen EU-Institutionen wie der Europäischen Weltraumbehörde oder der Europäischen Organisation für Flugsicherheit informieren. Mitarbeiter erzählten vor Ort praxisnah von ihren persönlichen Erfahrungen und gaben Tipps und Informationen an die rund 1.800 Interessierten weiter. (fb)

➔ www.eu-careers.eu

➔ www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Karriere/Concours/uebersicht.html

